

# Gärtner=Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der  
Blumen- und Kranzbinderei tätigen Personen.

Offizielles Organ des

Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin)

(seit dem 1. Januar 1904 mit der Deutschen Gärtner-Vereinigung vereinigt).

Mitglieder des Allg. Deutschen Gärtner-Vereins erhalten die Zeitung gratis.

Erscheint  
wöchentlich jeden  
Sonabend.

Jährlich  
52 Nummern.

Abonnements  
nehmen alle Post-  
anstalten entgegen.

Preis vierteljährlich  
3.90 Mark.

Redaktion und Expedition:  
Berlin N. 37, Metzger Strasse No. 3.

Eigentümer und Herausgeber:  
Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins.

Redaktionsschluss:  
Jeden Dienstag Morgen.

## Achtung! Lohnbewegungen!

Die Kollegen in Berlin und dessen Vororten (vor allen in Britz, Charlottenburg, Frz. Buchholz, Friedrichsfelde, Gr. Lichtenfelde, Heinersdorf, Hermsdorf, Hohenschönhausen, Lankwitz, Lichtenberg, Lichtenrade, Mahlsdorf, Mariendorf, Marienfelde, Niederschönhausen, Nowawes, Pankow, Reinickendorf, Rixdorf, Seehof, Spandau, Steglitz, Tempelhof, Weißensee, Zehlendorf, Zossen) befinden sich in Lohnbewegung. — Zuzug ist bis auf Weiteres fernzuhalten. — Die Ortsvorstände sind berechtigt, zureisenden Mitgliedern bis auf Weiteres die Auszahlung der Reiseunterstützung zu verweigern.

## Standesdünkel.

Als ich vor etwa Jahresfrist den Plan entwarf, eine zusammenfassende Darstellung über die Lage der Herrschaftsgärtner zu schreiben, um diese in unsrer Zeitung zu veröffentlichen und anschließend daran mich näher über die Mittel zur Hebung dieser Lage zu verbreiten, da war ich mir klar, daß der wichtigste Punkt in dieser Arbeit der Kampf gegen den bekannten Dünkel bilden werde und bilden müsse. Nirgends in Gärtnerkreisen feiert ja der Standesdünkel größere Triumphe wie bei den Herrschaftsgärtnern; die in den sogenannten „besseren“ Stellen geben den Ton an, und die anderen machen mit. Als Angriffsobjekt nahm ich die nichtgärtnerischen Nebenarbeiten heraus. Ich führte erst einmal den Nachweis, daß diese Nebenarbeiten in irgend einer Art und in irgend einem Umfange in den allermeisten Herrschaftsgärtnereibetrieben vorkommen und daß solche Arbeiten schließlich jeder herrschaftliche Gärtner schon einmal verrichtet habe oder, wenn nicht, er jeden Tag vor den Entscheid gestellt werden könnte, solche mit übernehmen zu müssen und letzten Endes er solche auch mit übernehmen werde. Ich zeigte dann im Schlußkapitel, daß ein allgemeiner Kampf gegen die betreffenden Nebenarbeiten erfolglos verpuffen müsse, weil einmal es lediglich die Herrschaften (als Besitzer der Betriebe) seien, die darüber, welches Interesse und welche materiellen Aufwendungen ihrem Gartenbetriebe zukommen sollen, entscheiden, und daß zum zweiten es auch furchtbar lächerlich sei, solche nichtgärtnerischen Arbeiten, und wären es selbst die „niedrigsten“, entwürdigend zu finden. Arbeit adle an sich und verleihe, welche sie auch sei, keine unterschiedliche Würde. Es gebe nur eine Würde, und dieses sei die Menschenwürde, gegründet auf freiem Menschbewußtsein. Diese sei von der Art einer Arbeitsleistung und von der sozialen Stellung eines Menschen durchaus unabhängig, weil ein Bestandteil des Charakters und der Gesinnung.

In gleichem Sinne habe ich den Gegenstand in meiner Ende Februar ds. Js. erschienenen Broschüre („Die Lage der Herrschaftsgärtner und deren Hebung“) behandelt, und zwar glaube ich in dieser die in Frage kommenden

Argumente noch ein wenig mehr in den Vordergrund gerückt zu haben. Ich tat das letztere, weil ich mir sagen mußte, daß in der Organisations- und Hebungfrage der Herrschaftsgärtner grade dieser Punkt der erste und wichtigste sei, der in Bewegung gebracht werden müsse. Die gewerkschaftliche Organisation vermag in den Herrschaftsgärtnerkreisen nur in dem Maße Boden zu gewinnen, wie dort der Standesdünkel abnimmt, und auch die Besserung der Verhältnisse in den Herrschaftsstellen kann nur in Gemäßheit eines Zurückdrängens dieses Dünkels vorsichgehen. Das Aufgeben der Vorurteile gegen die Nebenarbeiten — und also Ablegen des Standesdünkels — habe ich in der Broschüre als die erste Voraussetzung für die Hebungsbestrebungen bezeichnet. Der Kampf gegen den Standesdünkel bildet einfach den Mittelpunkt all dessen, was über die Herrschaftsgärtnerlage und deren Hebung zu sagen ist.

Seit es eine gewerkschaftliche Gärtnerbewegung gibt, wird nun durch diese der Kampf gegen den Standesdünkel bereits geführt; aber es muß leider gesagt werden, daß dieser Kampf noch bis zum heutigen Tage vielfach ein recht oberflächlicher gewesen ist. Es kann nicht geleugnet werden, daß selbst in den Reihen unsrer organisierten Kollegen noch recht viele anzutreffen sind, die zwar über den „Künstlerstolz“, wie sie es nennen, erhaben sind, die aber gleichwohl ein sogenanntes Standesbewußtsein als berechtigter Anerkennung und verteidigen. Sie haben sich innerlich soweit durchgerungen, daß sie, als gewerkschaftlich organisierte, „klassenbewußt“ neben den gewerkschaftlich organisierten andrer Berufe stehen; das heißt, sie wissen, daß sie eine Hebung ihrer Lage mit den gleichen Mitteln bewirken müssen wie die andern Arbeiter, wissen, daß die Arbeiter der verschiedenen Berufe in den Kämpfen aufeinander angewiesen sind, und sie nehmen keinen Anstoß mehr an der Bezeichnung „Arbeiter“. Das nennen sie, den Künstlerstolz oder den Standesdünkel abgelegt haben. Ein gewisser Standes-Vorbehalt erscheint ihnen aber erlaubt und vereinbar mit dem Solidaritäts- und Klassenbewußtsein; diesen Vorbehalt nennen sie Standes-Bewußtsein. Das betreffende Bewußtsein be-

steht aber darin, daß sie im allgemeinen gesellschaftlichen Leben sehr wohl Unterschiede machen zwischen den Berufsständen und deren Angehörigen; daß ihr gesellschaftlicher Verkehr ein kastenartiger bleibt und sich jedenfalls von den Angehörigen „ganz gewöhnlicher“ Berufe abzusondern sucht. Und es besteht darin, daß sie Anspruch darauf erheben, in der beruflichen Praxis mit Arbeiten, die einem „gewöhnlichen Arbeiter“ oder in einer Herrschaftsstellung irgend einem andern Berufsarbeiter zukommen, dessen „Stand“ „tiefer“ liegt als der ihrige, nicht behelligt zu werden.

Diesem Vorbehalt ist in unsrer Organisation bis auf den heutigen Tag noch in einem gewissen Grade Rechnung getragen worden. Ein Beweis dafür, wie stark und fest der Standesdünkel wurzelt. Noch im Jahre 1906 hatte sich der Hauptvorstand des A. D. G. V. mit einer Beschwerde aus dem größten Zweigverein des Rheinlandes zu beschäftigen, die auf diesem Vorbehalt fußte. Die Beschwerde war gegen die Redaktion der Allgemeinen Deutschen Gärtnerzeitung gerichtet; sie verlangte von dem Redakteur, dieser solle Stellenangebot-Inserate, in denen Kollegen „unwürdige“ nichtberufliche Nebenarbeiten zugemutet werden, von der Aufnahme in unsrer Zeitung zurückweisen. Der Hauptvorstand ist diesem Ersuchen damals wirklich noch entgegengekommen; er hat damals tatsächlich den Redakteur angewiesen, der Beschwerde Rechnung zu tragen. Ausschlaggebend für diesen Beschluß war, wenn ich nicht irre, die Rücksicht auf die Unorganisierten, die uns zum Beispiel „solche in unsrer Zeitung enthaltenen Inserate in Agitationsversammlungen leicht um die Ohren hauen könnten und damit einen Agitationserfolg in Frage stellen würden“. Es konnte in der Anweisung natürlich nicht auch stipuliert werden, welche bestimmten Merkmale das „Unwürdige“ dartun. Man sagte, man werde und müsse die Unterscheidung zwischen würdig und unwürdig dem Taktgefühl des Redakteurs anheimstellen. Nun besaß ich aber schon damals solches „Taktgefühl“ überhaupt nicht, und so kam es auch, daß eine Zeitlang der Beschluß wirkte (ich wies mehrere Monate lang Inserate, worin von den gesuchten Gärtnern in sehr

**Stellenwechsel vermeiden! — Mitglieder werben! — Grossstädte „schneiden“!**

auffallender Weise Nebenarbeiten verlangt wurden, zurück), am Ende aber von mir einfach wieder vergessen wurde. Inzwischen tagte die Achte Generalversammlung (Dresden, September 1907), wo ich die Sache, in meinem Bericht über die Presse, mit-zur Sprache brachte und dort meinen (der seinerzeitigen Hauptvorstands-Auffassung entgegengesetzten) Standpunkt darlegte (vergleiche: Protokoll, Seite 113). Es erhob sich dagegen zwar kein Widerspruch, doch hat es auch niemand geraten gefunden (von einem zustimmenden Zwischenruf abgesehen), durch eigene Ausführungen mich in dieser, von mir sehr wichtig gehaltenen Frage zu unterstützen. Diese Passivität ist mir ein weiterer Beweis dafür, daß die größere Masse unsrer Mitglieder den Nebenarbeiten auch heute noch mit dem Vorurteil der „Unwürdigkeit“ gegenübersteht. Und eben jetzt erst wieder, Mitte Februar 1909, da ich grade das Manuskript zu der oben genannten Broschüre fertiggestellt hatte, schreibt mir ein Kollege, der sogar bereits in der ehemaligen Deutschen Gärtnervereinigung die Muttermilch der Gewerkschaft gesogen und der außerdem auch Anspruch darauf erhebt, politisch geschult zu sein, der schon mehrfach Vertrauensämter in unsrer Organisation bekleidete und auch gegenwärtig wieder einen Zweigverein leitet, ich möchte doch sorgen, daß Inserate (der hier nun schon mehrfach bezeichneten Art) aus unsrer Zeitung „rausbleiben“. Bei seiner „Agitation unter den Zechengärtnern, auf Gütern und in Villen“ halte man ihm unsre Zeitung mit diesen Inseraten unter die Nase, und es sei damit die Möglichkeit einer Gewinnung für die Organisation sehr erschwert; denn er müsse schließlich sagen, daß auch er das nicht billige. Ausdrücklich beanstandet wurden in dem Schreiben zwei Inserate in Nr. 7; in dem einen davon wird verlangt, „etwas Hofarbeit zu übernehmen“, in dem andern, „die Zentralheizung in der Villa mit zu besorgen“.

Also: es besteht die sehr bedauerliche Tatsache, daß ein großer Teil unsrer eignen Mitglieder noch (sagen wir mal) Teil-Sklaven des Standesdünkels sind. Das, was sie als Standesbewußtsein bezeichnen, ist absolut weiter nichts wie ein ebenfalls unberechtigter, schädlicher und — lächerlicher Standesdünkel.

Wer darauf Anspruch erhebt, Klassenbewußtsein in sich aufgenommen zu haben, der kann nicht zugleich (in dem angeführten Sinne) „standes“bewußt denken. Ein Klassenbe-

wußtsein, das sich nach Berufsständen „stuf“, ist kein echtes; das echte Klassenbewußtsein erachtet jede gesellschaftlich notwendige Arbeit als gleichwürdig; das anerkennt nur eine Würde als berechtigt: die Menschenwürde. Und diese findet ihre Begründung in der edlen Gesinnung des Menschen, im Geistes- und Seelenadel. Das sollte für jeden organisierten Kollegen ein unerschütterliches Postulat sein; das sollte jeder als einen heiligen Schatz seiner Überzeugung — geboren aus der wirtschaftlich-sozialen Erkenntnis — in sich aufgenommen und so durchdringend verarbeitet haben, daß er befähigt ist, diese Überzeugung auch ändern, auch den Unorganisierten, zugänglich zu machen.

Wieschon bemerkt, habe ich in der Broschüre über die Lage der Herrschaftsgärtner diesem Punkt eine ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt, und die Kollegen haben an diesem neuen Agitationsmittel, wie ich hoffe, nun auch in der „schwierigen Frage der Nebenarbeiten“ eine wirksame Hilfe. Allerdings nur eine Hilfe; für sich allein reicht das in der Broschüre darüber Gesagte noch nicht zu, dem im Standesdünkel Lebenden so von heute auf morgen eine neue Sinnesart einzupflanzen.

Wir müssen aber von unsern Mitgliedern verlangen, daß sie sich voll und ganz zu der richtigen Erkenntnis und Überzeugung durchringen; daß sie nicht bloß den „Künstlerstolz“, sondern den Standesdünkel restlos ablegen und dafür in ihrem Erkenntnisvermögen das freie Menschbewußtsein aufnehmen, das da jeden, wer er auch sei, wenn er nur gesinnungsedel ist, eben so stolz wie schlicht sagen läßt:

„So hoch gestellt ist keiner auf der Erde, Daß ich mich selber neben ihm verachte!“

In diesem Sinne, aber auch nur in diesem Sinne, kann man, wenn man es als geboten erachtet, auch von Standesbewußtsein reden. Dem Standesdünkel aber, in welcher Verkleidung er auch einhergehen möge, hat rücksichtslos und ohne jeden Pardon unser Kampf zu gelten: durch Aufklärung über die realen Lebensstatsachen.

### Nicht Verkümmern, sondern Ausbau der Arbeiterversicherung.

Das Reichsamt des Innern bereitet gegenwärtig eine Reform der Arbeiterversicherungsgesetze vor. Eine Reform, deren angeblicher Zweck

in der Vereinfachung und Verbilligung der staatlichen Versicherung bestehen soll, die aber tatsächlich darauf hinausläuft, den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen zu nehmen und im übrigen einen wirklichen Ausbau der Arbeiterversicherung hintanzuhalten.

Die Verdächtigungen der Ortskrankenkassen als Institute, an denen sich „die sozialdemokratischen Parteiführer mästen“, haben bei den in Frage kommenden Reichsbehörden ein williges Ohr gefunden. Freilich, diese beweislosen Verdächtigungen, mit denen insbesondere der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ wider das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen krebsen ging, waren kein tatsächliches Material. Das Material sollte die im Oktober 1908 stattgefundene Konferenz im Reichsamt des Innern liefern, wo Unternehmer- und Arbeitervertreter aus den Krankenkassen vernommen wurden. Aber die politischen Arbeiterfeinde erlitten hier eine schmachliche Niederlage.

Das sehnsüchtig erwartete Material gegen das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen blieb aus: die Unternehmer hatten keins. Ja, die Unternehmer stimmten in jener Konferenz sogar soweit mit den Arbeitern überein, daß sie den seitens des Reichsamt des Innern für die kommende Reform vorgeschlagenen „unparteiischen Vorsitzenden der Ortskrankenkassen“ ablehnten. Dieser „unparteiische Vorsitzende“ sollte geschaffen werden, wenn die Unternehmer nicht, wie bisher, ein Drittel, sondern die Hälfte der Kassenbeiträge übernehmen würden. Der angebliche politische Mißbrauch der Ortskrankenkassen hatte sich als ein leeres Phantasiegebilde herausgestellt; die Arbeiterfeinde waren elend blamiert! Selbst der stellvertretende Vorsitzende des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände, Kommerzienrat Menck, mußte in Nr. 48 von 1908 der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ konstatieren, daß in jener Konferenz für die gegen die Leitungen der Ortskrankenkassen erhobenen Anklagen keine Beweise beigebracht werden konnten. Kommerzienrat Menck bringt in der genannten Zeitung auch zum Ausdruck, daß ihm der heutige Zustand lieber sei, als eine „Herrschaft der Bürokraten“ in den Ortskrankenkassen. Man sollte meinen, daß damit die Attacke, die das Reichsamt des Innern gegen das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen liefern wollte, zurückgewiesen sei. Aber die Arbeiter werden gut tun, sich nicht in Sicherheit zu wiegen. Nicht das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter darf beseitigt werden, sondern mit der Zersplitterung der Versicherungsorganisation (Ortskrankenkassen der verschiedenen Berufe, Betriebs- und Innungskassen, Gemeindekrankenversicherung) muß aufgeräumt werden. Wir brauchen eine Zentralisation, d. h. für größere Bezirke eine leistungsfähige Kasse.

Notwendig ist ferner die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Arbeiter und Angestellten aller Kategorien. Zu beseitigen ist die Grenze der Versicherungspflicht bei 2000 Mark Arbeitsverdienst. Zu erhöhen sind die Mindestleistungen, die heute keineswegs ausreichen, dem erkrankten Arbeiter und seiner Familie auch nur das Nötigste zu gewähren. So muß die Reform der Krankenversicherung aussehen, wenn bei den

## Feuilleton.

### Die Angst vor der Öffentlichkeit

ist leider unter den Menschen sehr merkwürdig verteilt. Einige haben niemals an ihr gelitten. Sie treten mit vollendeter Inhaltlosigkeit tapfer vor jede Versammlung und pochen auf ihr gutes Recht, gehört zu werden. Daß diesem Rechte eine Pflicht entspricht, der Versammlung etwas wirkliches zu bieten, ist ihnen überhaupt noch nicht aufgegangen. Diese sind für den Vorsitzenden eine wahre Plage. Was soll er tun, wenn die Versammelten die Geduld verlieren? Er muß den Redner schützen, fühlt aber dabei, daß sachlich die Versammlung im Rechte ist. Der Redner aber behauptet, die Versammlung mache nur deshalb Lärm, weil er „Gegner“ sei. Er stellt sich als Opfer der Unduldsamkeit hin, während er selbst die Anwesenden durch Geisteslosigkeiten maltreatiert. Solche Leute müssen formell korrekt behandelt werden, man muß sie ausreden lassen, aber dann muß vor der Versammlung ihre Achtungslosigkeit gegenüber der Öffentlichkeit von einem nächsten Redner scharf getadelt werden. Nur so kann man das öffentliche Leben vor der Tyrannei der Nichtssagenden bewahren. Aber das Gegenteil ist noch viel häufiger. Leute mit gutem Gewissen und bestimmten Ansichten bleiben sitzen und sagen garnichts, weil sie sich nicht vordrängen wollen, und weil sie die Scheu, sich vor die Öffentlichkeit

zu stellen, nicht zu überwinden vermögen. Oft reden diejenigen am wenigsten, die am ersten der Allgemeinheit etwas Nützliches mitteilen könnten. Ihnen muß von ihren guten Freunden Mut gemacht werden. Ihr habt, so sollen die Freunde zu ihnen sagen, eine Pflicht, eure geistigen Schätze nicht in euch selbst zu verbergen! Und warum wollt grade ihr nicht reden, die ihr es könnt? Es kann sein, daß ihr das erste und das zweite Mal nicht besonders gute Erfahrungen macht. Auch das Reden will gelernt sein, aber wo Inhalt vorhanden ist, da findet sich schließlich auch die Form. Im Schutz eines Redners, der sachlich etwas zu sagen hat, muß jeder Vorsitzende von unerbitterlicher Festigkeit sein. Ihm muß die Versammlung Ruhe gewähren, selbst wenn er im Anfang ungeschickt ist. Und die Versammelten selber fühlen sehr bald den Unterschied zwischen Rednern und Schwätzern.

N. in der „Hilfe“.

### Über die Vereinsmeierei und das Kneipenhocken

schreibt Ludwig Thoma in seinem Buche „Agricola“: „Es ist am Land wie in der Stadt. Wenn so sechs oder sieben Leut alle Abend beisammensitzen, dann geht ihnen das Gefühl auf, als müßte es so sein, als erfüllten sie eine Pflicht. Und je weniger oft einer sonst von Gehorsam oder Pflicht wissen mag, desto merkwürdiger und wichtiger kommt es ihm vor, daß er im Wirtshaus so pünktlich ist, und er

findet eine ordentliche Genugtung darin. So, daß er sich selber vorredet, was er für ein gewissenhafter Mensch ist. „So gern tät ich heut daheim bleiben“, sagt er zu der Frau oder gar zu sich selbst, „so gern, ganz froh wär ich, wenn ich nur einmal ausrasten dürft, aber es geht nicht, es geht wirklich nicht. Ich muß zum Unterwirt. Ein wahres Kreuz ist es, aber was willst machen?“ Und im Wirtshaus fängt er dann zu sinnieren an; alles gewinnt eine gewisse Bedeutung. Der Platz, den er mit lauter Draufsitzen blank gehobelt hat, zeigt ihm die Spur gewissenhafter Tätigkeit; das Krügel, das er jeden Abend zur Hand nimmt, gewinnt er lieb, schier wie einen langjährigen treuen Gefährten in der Arbeit. Und was ihm nur der Wirt alles verdankt! Was ihm nur der Mann Dank schuldig ist! Der muß ihn doch anschauen wie einen Brotgeber und Herrn! Er sieht ihn gern in der Stube hantieren; da fühlt er sich als Gönner und überzählt in Gedanken die Liter und Hektoliter, die er weggetrunken hat. Das ist ein saures Stück Arbeit, das er hinter sich hat, das Bier muß fort aus der Welt, und er hatte sein redlich Teil getan. Man sieht, es kann sich einer als etwas Bedeutendes vorkommen und tut doch nichts anderes als Bier trinken. Den übrigen geht es ebenso; die bloße Übereinstimmung allein genügt nicht, man muß ihr Form und Gestalt geben, und da es einmal eine deutsche Eigentümlichkeit ist, über alles und jedes, besonders über Gesetze und Vorschriften, herzhaf zu schimpfen, aber über das Wirtshausstatuten zu machen,



gegeben, denn die Pflanze liebt helles Sonnenlicht. Die Pflanzen selbst werden nicht gespritzt, aber Wege und Wände des Hauses, um eine möglichst feuchte Luft zu erzeugen; denn feuchtwarme Luft und Sonnenlicht sind Hauptbedingungen zum fröhlichen Gedeihen, um schöne Farben und kräftige Pflanzen zu erzeugen. Bei vorschreitender Entwicklung muß natürlich wieder verpflanzt werden. Gedüngt wird beim 3. Verpflanzen mit Hornspänen und auch trockenem zerriebenen Kuhdünger. Bei größeren Pflanzen wird der Erde gleich frischer Kuhdünger und auch Hornspäne beigemischt, wodurch das lästige Gießen mit flüssigem Dünger gespart wird.

Die ungeteilten Knollen werden vom März bis Mai, oder wenn in den Häusern genügend Platz vorhanden, auch schon früher eingepflanzt, wozu gleich etwas größere, aber ebenfalls leichte Erde verwendet wird. Auch diese werden in möglichst kleine, ihrer Größe entsprechende Töpfe gepflanzt und im Vermehrungsbeet eingesenkt. Die Temperatur darf während der Nacht nicht unter 15° R. fallen und wird am Tage, wo die Sonne schon mitwirkt, zwischen 20 und 25° R. gehalten. Je mehr die Sonne wirkt, desto weniger Bodenwärme ist erforderlich. Sobald die Töpfe durchwurzelt sind, wird verpflanzt und muß beachtet werden, daß dies früh genug geschieht, um ein Filzigwerden der Wurzel in den Töpfen zu vermeiden. Die Pflanzen wachsen jetzt bei richtiger Wärme und entsprechenden Wassergaben sehr schnell. Selbstverständlich ist für genügend freien Platz zu sorgen, um die Blätterentwicklung nicht zu hemmen. Bei einer Lufttemperatur im Freien von mindestens 14° R. wird täglich gelüftet und bei stechendem Sonnenschein leicht schattiert. Grobes Juteleinen und auch leichte Laden dient als Schattenmaterial.

Ein Teil der Caladien wird in Kästen, die durch Laub und Dünger erwärmt werden, kultiviert. Nachdem die Düngergase verflüchtigt sind, werden die Töpfe bis zur Hälfte in leichter Erde oder Sägespänen eingesenkt. Die Behandlung ist im allgemeinen dieselbe wie bei der Hauskultur; besonders hervorzuheben ist aber noch, daß bei jedem Gießen die Kastenwandungen bespritzt werden, um auch hier die nötige feuchte Luft zu erzeugen. Bei kühler Witterung wird vormittags, bei warmem Wetter nachmittags gegossen; nachts werden die Kästen beständig gedeckt.

Mitte August bis Ende September hören die Pflanzen auf zu treiben und die Blätter werden langsam gelb, ein Zeichen des beendeten Wachstums. Die gelben Blätter werden entfernt, die Pflanzen erhalten wenig Wasser und werden der vollen Sonne ausgesetzt. Anfang Oktober werden die Knollen aus den Töpfen genommen, die Reste der Blattstiele einige Zentimeter oberhalb und die fleischigen Wurzeln 1 cm unterhalb der Knolle abgeschnitten. Die so behandelten Knollen werden in mit trockenem Sand gefüllten Kästen oder Töpfen eingebettet, wobei darauf zu achten ist, daß der Kopf der Knolle nach oben, diese selbst aber frei von Kasten- oder Topfwandungen liegt, also vollständig von Sand umgeben ist. Aufbewahrt werden diese Kästen und Töpfe unter den Heizrohren des Vermehrungshauses oder an andern dazu geeigneten Plätzen, wo man eine regelmäßige, trockene Temperatur von 15 bis 20° R. halten kann. Eine noch höhere Temperatur schadet durchaus nicht, dagegen werden die Knollen bei längerem Lagern in einer Temperatur unter 12° R. unbedingt absterben.

### Fragekasten.

Frage 56: Ist es möglich, unter ein Treibhaus einen Keller zu plazieren, und welche Einwirkungen zeitigt eine solche Maßnahme auf das Wachstum der Pflanzen?

### Über Zustände in der Firma Linkmann zu Bad Nauheim.

Mit großer Genugtuung habe ich den Artikel in der Nummer 8 unsrer Zeitung über die Firma Linkmann in Nauheim gelesen. Da ich 1901 auch das zweifelhafte Vergnügen hatte, in diesem Musterbetriebe Stellung zu nehmen, interessiert mich das doppelt, und möchte ich auch einiges über die dortigen Zustände berichten, wie sie damals waren. Erst etwas über die Wohnungsverhältnisse. Obgleich Herr Linkmann Besitzer eines villenartigen Wohnhauses ist, und daher doch in der Lage wäre, seinen Gehilfen eine menschenwürdige Wohnung zu bieten, geschieht das nicht. Selbst das kleinste Mansardenzimmer vermietet Herr L., anscheinend, weil es für die Jünger Floras noch zu gut ist, an ledige Personen. Die Gehilfenwohnung (mit Verlaub, wenn man so sagen darf) befindet sich, wie

so oft, auch hier über dem Pferdestall, neben dem Futterboden, wo neben Futtermitteln noch allerhand Gerümpel aufgespeichert war. Die Ratten- und Mäuseplage war dementsprechend auch eine ganz enorme, sodaß, wenn man abends zubett gegangen war, man erst ein förmliches Bombardement eröffnen mußte, mit Schuhen und allerhand Gegenständen.

Daß dies bei einer 14-15 stündigen Arbeitszeit nicht gerade zu den Annehmlichkeiten gehört, läßt sich leicht denken. Ich sagte: es war so; aber ebensogut kann ich auch sagen: es wird wohl auch heute noch so sein, wenn nicht noch schlimmer; denn daß die Mißstände da abgeschafft worden sind, setze ich bei Herrn Linkmann, soweit ich ihn kennen gelernt habe, garnicht erst voraus.

Die Lohnverhältnisse scheinen sich, soweit ich aus unsrer Zeitung ersehen konnte, anstatt verbessert, noch verschlechtert zu haben; denn ich habe damals als noch junger Gehilfe 27 Mk. erhalten, allerdings, wie schon erwähnt, bei einer 14-15 stündigen Arbeitszeit. Daß dem Gehilfen bei dem Lohn nicht die Bäume in den Himmel wuchsen, dafür sorgte Herr Linkmann schon; er verfuhr nach der bekannten Methode, am Lohntage so und soviel für angeblich „angerichteten Schaden“ abzuziehen! So zog er z. B. einem taubstummen Kollegen für eine alte zerbrochene Harke und weil er das Bassin etwas hatte überlaufen lassen, für „entstandenen Wasserschaden“ gleich 6 Mk. ab! Nebenbei bemerkt, beschäftigte Herr L. aus leicht begreiflichen Gründen zwei taubstumme Gehilfen. Das klingt vielleicht sonderbar, ändert aber nichts an den Tatsachen.

Da ich dieses Gebahren nicht länger mehr mit ansehen konnte, beschloß ich, von dieser gastlichen Stätte Abschied zu nehmen. War ich bisher noch leidlich mit Herrn L. ausgekommen, so piff der Wind nunmehr aus einem andern Loch. Gleich das erste nach der Kündigung war, daß er das Kleider- und meine Bude wegnehmen ließ, mit der Begründung, er brauche es für seine Kurgäste. In Wirklichkeit war's aber nur Schabernack. Schikanen niedrigster Art folgten. Mit dem „Landschaftern“ war es vorbei; Rosen hacken und Jauche schleppen war jetzt meine Hauptbeschäftigung; mit einem Wort gesagt, nichts wie Strafarbeiten. Ließ sich Herr L. doch zu der zynischen Äußerung hinreißen: „Die 14 Tage will ich Ihnen schon noch sauer machen!“ Daß solches von einem hohen Bildungsgrad zeugt, kann man grade nicht behaupten. Um allem die Krone aufzusetzen, zog mir Herr L. zum Schluß auch noch 5 Mk. ab. Der interessante Fall war nämlich folgender: Ich hatte den Auftrag erhalten, mit einem taubstummen Kollegen ein Feld Rosa canina zu reinigen. Da es dort viele Rosenschulen gibt und diese auch weit vom Garten entfernt lagen, hatten wir die falschen erwischt. Dafür der Lohn-abzug.

Man sieht daraus, daß Herr L. in diesem Falle die Arbeitsleistung ganz anders einzuschätzen wußte. Als ich ihm darüber, in grade nicht gewählten Worten, meine Meinung sagte, meinte er kurz angebunden: „Wenn Sie nicht Ihr Maul halten und in 5 Minuten mein Geschäft verlassen, belange ich Sie wegen Hausfriedensbruch!“ Da ich damals noch nicht organisiert war und am selben Tage noch meine neue Stelle antreten mußte, blieb mir nichts andres übrig als fausteballend abzudampfen.

Daß das Gebahren des Herrn L. nicht schon längst in unsrer Zeitung gebrandmarkt worden ist, ist sein Verdienst sicher nicht.

Darum Kollegen allerorts: Organisiert Euch! Hinein in den A. D. G. V.! Besonders ihr Nauheimer Kollegen! Dann wird auch da mit den skandalösen Zuständen aufgeräumt werden. Jedem indifferenten Kollegen, der bis jetzt den Organisationsgedanken noch nicht erfaßt hat oder nicht erfassen will, möchte ich raten, bei der Firma Linkmann Schule zu machen, da lernt er's — oder er lernt es nie. —mr—

### Sklavenhandel!

Durch die Annonzen-Expedition Heiner. Eisler wurde uns ein Inserat folgenden Inhalts übersandt, das dieser Tage wahrscheinlich in den verschiedensten gärtnerischen Inseratenblättern und in den Organen der Unternehmer erscheinen wird:

#### Gärtner-Mädchen

Posener und Preußen, also deutsche, empfehle noch sehr viele, und sind Kontrakte umgehend einzusenden. Empfehle Kutscher und Arbeiter etc. billigst und reell.

Zentralvermittlungsbüro, Inh. Inspektor Albert Schrader, Stellenvermittler, Berlin N., Borsigstr. 20, Tel. Amt III, 1436.

Infolge der großen Wirtschaftskrisis und der allgemeinen Arbeitslosigkeit ist nunmehr auch die Landwirtschaft mit Arbeitskräften überladen. Die „Stellenvermittler“ suchen jetzt anderweit Abnehmer, und liegt ihnen die Gärtnerei natürlich am nächsten. Es ist uns aus einigen Orten schon gemeldet worden, daß Gärtnereiunternehmer derartige Arbeitskräfte eingestellt und dafür die Gehilfenzahl verringert haben.

Kollegen! Haltet die Augen auf und verbreitet überall, wo das Lehrlingsunwesen wuchert, die notwendige Aufklärung, damit nicht fortdauernd junge Menschenkinder in einen Beruf gelockt werden, der ihnen keine Lebensexistenz bietet, dem sie im besten Lebensalter wieder den Rücken kehren müssen, weil die andrängende jüngere Generation „Platz haben“ will und weil — immer mehr ungelernete Arbeiter zu Teilarbeiten herangezogen werden.

Sorgt auch dafür, die Arbeiter und Arbeitsfrauen unsrer Organisation zuzuführen! (Mitgliedsbeitrag für Frauen 20 Pfg.)

### Die Tarifbewegung in Essen.

Seit Herbst vorigen Jahres war eine gemischte Kommission, bestehend aus Mitgliedern des A.D.G.V. und des D. G. V., tätig, um statistische Erhebungen über die örtlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu machen, die dann die Grundlage eines Tarifentwurfs werden sollten. Dieser Entwurf wurde Anfang Februar der Unternehmer-Organisation zugestellt und enthielt u. a. folgende Hauptforderungen:

Landschaftsgärtnerei: Sommer 10 Std., Winter 9 Std. Arbeitszeit, Lohn pro Stunde 45 Pfg.  
Gemischte Gärtnerei: Sommer 10 1/2 Std., Winter 10 Std. Arbeitszeit, Lohn pro Stunde 42 Pfg.  
Handelsgärtnerei: 10 1/2 resp. 10 Std. Arbeitszeit, Lohn pro Stunde 38 Pfg.  
Überstunden 10 Pfg. Aufschlag pro Std.  
Nachtarbeit 20 Pfg. Aufschlag pro Std.  
Sonntagsarbeiten desgleichen.  
Lohnzahlung wöchentlich, Freitags.

Der Tarif soll 2 Jahre gelten. Die Gehilfen sind von den Tariforganisationen zu beziehen, und eine beiderseitige Kommission wacht über die Durchführung dieses Tarifs.

Die Antwort ist recht prompt, Anfang Februar, erfolgt; sie kam von einer Handelsgärtner-Versammlung, an der 11 Herren teilnahmen und lautete kurz und bündig: „Wir lehnen eine Verhandlung über den Tarifentwurf mit Ihnen ab.“ — Ganz wie unsre Kohlenbarone am Orte. — Man berücksichtige dabei, daß bereits ein Tarif, abgeschlossen zwischen dem christlichen Verband und dem Essener Unternehmerverband, seit 2 Jahren Geltung haben soll auf der Basis von 10stündiger Arbeitszeit und 40 Pfg. Stundenlohn in der Landschaftsgärtnerei etc. etc. Und es klingt grade nicht schmeichelhaft für die Essener Firmen, die diesen Tarif zu halten sich verpflichtet hatten, sich um diesen aber fast garnicht gekümmert haben, nicht danach arbeiten ließen und auch bezahlt haben, wie es ihnen paßte.

Eine am 3. März stattgefundene öffentliche Versammlung der beiden Organisationen hat nun auch Stellung zu der Antwort und den weiteren Maßnahmen genommen.

Eine solche Zahl von Gärtnergehilfen ist in Essen wohl überhaupt noch nicht beisammen gewesen. 75 bis 80 Mann füllten den Saal, darunter 2 Arbeitgeber.

Der Geschäftsführer des D. G. V., Herr Bannier, berichtete ausführlich über die Arbeiten und Feststellung der Kommission, erläuterte den Tarif und begründete die Forderungen. Seine Kritik an dem Verhalten der Unternehmer war recht scharf, er bezeichnete dasselbe als einen Hohn auf den heutigen Zeitgeist. Sein Appell richtete sich an die Unorganisierten, die Sache der Verbände auch zu der ihrigen zu machen und beizutreten.

Kollege Link kennzeichnete das Verhalten dieser 11 Unternehmer als ebenso kurzsichtig wie brutal, die sich scheinbar die herrschende Krise zunutze machen und glauben, sie hätten es nicht nötig, zu verhandeln. Grade wegen des monatelangen Frostes herrscht ein Druck in der Arbeit wie nie zuvor, und diese Gelegenheit würden die Kollegen auszunutzen verstehen. Es wäre ja auch eine allgemeine Tatsache, daß in unserm Beruf alle guten Tarife durch einen kürzern oder längern Kampf erreicht worden seien. Das Verhalten der hiesigen Prinzipale wäre wieder geeignet, die Gegensätze zu verschärfen, und könne uns das schließlich recht sein. Die Arbeitslosigkeit hat auch schon das ihrige getan. Sache der unorganisierten jüngeren Kollegen und der Privatgärtner sei es nun, den hauptsächlich älteren Organisierten sich anzuschließen und auf jeden Fall Solidarität zu üben.

Herr Handelsgärtner Dorfs sen. erklärte sich dann mit den Ausführungen der Referenten im allgemeinen einverstanden, erkannte die Forderungen als gerechte an und erklärte, daß die Versammlung der 11 seine Essener Kollegen nicht darstellten; daß vielmehr eine Reihe Unternehmer mit uns sympathisierten und er in der tags darauf stattfindenden Handelsgärtnerversammlung für uns eintreten werde. Eine Resolution, die u. a. ein nochmaliges Anbahnen von Verhandlungen verlangt, wurde einstimmig angenommen. —

Über eine gemachte Eingabe an die Stadtverwaltung, die Lohnverhältnisse durch einen Tarif zu regeln, wo auch die Arbeiter mitgehört werden berichten wir später ausführlich; es scheint, als hätte sie schon Erfolg gehabt, denn die Löhne von 34 Pfg. etc. sind verschwunden. C. Thamm.

## Herr Abgeordneter Franz Behrens und die Gesindeordnung.

In den Nrn. 5 und 6 unsrer Zeitung brachten wir einen Teil der Reichstagsverhandlungen\* über den „Antrag Albrecht und Genossen“, der eine zeitgemäße Regelung der Rechtsverhältnisse des Personals in den Land- und Hauswirtschaftsbetrieben verlangt und zwar im Sinne einer Gleichstellung mit den gewerblichen Arbeitern. Wir haben bisher nur erst die Begründungsrede des Abgeordneten Stadthagen wiedergegeben, während das Weitere noch einer Wiedergabe harret.\*\* Wir sind heute gezwungen, noch bevor wir den Schluß des Berichts über die Verhandlungen gebracht haben, einen Vorgang mitzuteilen, der den Abgeordneten Franz Behrens angeht.

Die Verhandlungen über den eingangs vermerkten „Antrag Albrecht und Genossen“ haben den Reichstag in drei Sitzungen beschäftigt, und haben alle Parteien dazu ihre Stellung präzisiert, — in welchem Sinne, darüber berichten wir in unserm Schlußartikel noch. Das vorläufige Verhandlungsergebnis war schließlich die Annahme eines Antrages dahingehend: „Die gesamten zu dieser Materie gestellten Anträge und Resolutionen an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen.“ Für diesen Antrag stimmten Sozialdemokraten, Freisinnige, Zentrum, Polen und ein Teil der Nationalliberalen; dagegen die Konservativen, Reichspartei, Wirtschaftliche Vereinigung (Antisemiten und Christlich-Soziale) und der andre Teil der Nationalliberalen. Die Einsetzung dieser 21gliedrigen Kommission war das zurzeit Erreichbare. Am 2. März hielt die Kommission ihre erste Sitzung ab; in dieser wurde einstimmig beschlossen: „Die Regierung zu ersuchen, eine Zusammenstellung des für die ländlichen Arbeiter und das Gesinde in Deutschland bestehenden Rechts, ferner eine Zusammenstellung der wichtigsten ausländischen Gesetzgebungen auf diesem Gebiete und endlich eine Statistik darüber der Kommission zugehen zu lassen, wie oft Bestrafungen wegen Verabredungen ländlicher Arbeiter und Dienstboten zur Einstellung oder Verhinderung der Arbeit eingetreten sind.“ Es wird angenommen, daß diese Materialienbeschaffung und Zusammenstellung einen Zeitraum von etwas mehr als vier Wochen beanspruchen wird; dann soll die Kommission zu weiteren Beratungen zusammentreten.

Es ist gewiß nicht viel, was der Anstoß erreicht hat; aber es ist dasjenige, was zurzeit überhaupt zu erreichen war. Die beschlossene Materialbeschaffung ist besonders zu begrüßen. Liegt das erst vor, dann erhält man damit eine sehr nützliche Grundlage für weitere Vorstöße.

Es liegt in der Sache ähnlich wie in der „gärtnerischen Rechtsfrage“: erst erdrückende Materialien und Statistik, dann das weitere. Im übrigen sei erinnert, daß ein großer Teil der gärtnerischen Rechtsfrage gerade mit der hier in Angriff genommenen Materie eng zusammenhängt: die in herrschaftlichen Gärtnereibetrieben tätigen Personen werden entgeltlich nicht früher von der Gesindeordnung und den sonstigen Beschränkungen befreit werden, bis eben das Gesinde und die ländlichen Arbeiter davon befreit sind.

Man hätte nun als selbstverständlich annehmen sollen, daß auch der Abgeordnete Franz Behrens sich dem Vorgehen angeschlossen haben würde, da er ja früher selbst Gärtner war, seinerzeit den christlichen Gärtnerverband gegründet hat und innerhalb der christlichen Arbeiterbewegung (als Generalsekretär des christlichen Bergarbeiterver-

\* Vergleiche den Artikel: „Fort mit den Gesindeordnungen! Her mit dem freien Arbeits- und Koalitionsrecht!“

\*\* Wir haben den weiteren Abdruck unterbrechen müssen, weil inzwischen Einsendungen eingetroffen sind, deren Veröffentlichung nicht verschoben werden durfte. Die Redaktion.

bandes und zweiter Vorsitzender des Zentralverbandes der christl. Gewerksch. Deutsch.) eine führende Stellung einnimmt. Was aber tat Franz Behrens? Franz Behrens stimmte mit seiner politischen Fraktion und den Konservativen gegen den Antrag, der die Kommissionsberatung forderte! Als ihm diese seine Haltung dann im „Vorwärts“ gebührend angekreidet wurde, da schwieg Franz persönlich dazu, und sein Leibblatt, „Das Reich“, suchte ihn nun damit zu entschuldigen, daß es schrieb, Franz wäre dafür gewesen, daß die Sache schon ohne Kommissionsberatung im Sinne der Antragsteller hätte erledigt werden sollen. Das ist aber eine jämmerliche Finte; denn erstens haben die Fraktionsgenossen des Herrn Behrens gegen das Ziel des Antrages gesprochen, und zweitens hat Herr Behrens, der sonst ja bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit sein Licht leuchten läßt, während den drei Tagen, wo über die Frage der Gesindeordnungen und des Koalitionsrechtes der ländlichen Arbeiter verhandelt worden ist, nicht ein einziges Mal das Wort ergriffen!

Das sei hier gebührend angegellt! Die Gärtner können froh sein, daß auch im „Deutschen Gärtnerverbande“ endlich Franz Behrens' Einfluß zurückgedrängt ist; sonst würden sie dieses Jahr — bei den Lohnbewegungen in Berlin und in Essen-Ruhr — wieder ihr blaues (oder vielmehr „gelbes“) Wunder erleben.

## Zur Warnung

gegen die „Gärtnerische Rundschau“ in Borsdorf-Leipzig

erhalten wir folgende Zuschrift:

Berichtigung. „Gärtnerische Rundschau“, Borsdorf-Leipzig betr. In Nr. 10 d. Bl. brachten Sie einen Artikel, in dem u. a. die Vermögenslosigkeit unsres Verlages „Gärtn. Rundschau“ in Borsdorf-Leipzig, hervorgehoben wurde. Hierzu bemerken wir, daß wir für schnelle Hilfe ein Bankdepot in Bar von zweiundzwanzigtausend Mark allein bei der Spar- und Gewerbebank, Leipzig, Ritterstraße haben. Es steht jedermann frei, sich daselbst zu erkundigen. Was das gerichtliche Betrugsverfahren anlangt, so ist durch dasselbe ausdrücklich unsre Solidität belegt, da dies mit einer glatten kostenlosen Freisprechung endigte. Die Einsicht der Akten bei unserm Vertreter, Justizrat Dr. Sello, Berlin, steht jedem Interessenten frei. —

Aufgrund des Preßgesetzes ersuchen wir um Aufnahme dieser Notiz in Ihr Blatt.

Sollten Sie fragliche Richtigstellung nicht unverkürzt bringen, so behalten wir uns das Weitere vor. Achtungsvoll

C. E. Tränkner.

Zu diesen Ausführungen bemerken wir folgendes: Was die Vermögensverhältnisse der Firma anbetrifft, so haben wir uns ausdrücklich auf die Angaben eines andern in L.-Borsdorf erscheinenden Blattes berufen, die wir im Wortlaut wiedergaben. Das Blatt führt den Titel „Gärtnerei-Anzeiger“. Die Mitteilung ist in diesem Blatte vom 27. Sept. 1908 als Warnung gegeben. — Im übrigen lassen wir uns durch die angegebenen großen Geldsummen, die da jetzt deponiert sein sollen, nicht verblüffen. Einmal erteilen Banken, wenn man Erkundigung einziehen will, keine Auskunft, und zum andern kann der Depot-Inhaber, ohne daß ihn daran jemand zu hindern vermag, das ganze Depot jeden Tag wieder abheben.

Letzten Endes ist es aber sogar ganz gleichgültig, ob ein Verleger, der sich mit der sogen. „Abonnenten-Versicherung“ befaßt, vermögend ist oder nicht. Im Reichstage ist die ganze Praxis solcher „Versicherungen“ mehrfach als großer Unfug bezeichnet worden, und man stand schon direkt davor, derartige Unternehmungen gesetzlich zu verbieten. Unsre Warnung sollte sich auch nicht bloß gegen die „Gärtn. R.“ richten, sondern dieser Fall war das uns am nächsten liegende Beispiel, auf das aufmerksam zu machen wir als unsre Pflicht erachteten. Wir wollen nunmehr nachtragen, daß wir die Kollegen gegen alle Zeitungen warnen, die sich mit derartigen Sachen befassen. In der „Remscheider Arbeiterzeitung“ fanden wir vorige Woche folgende Mitteilung:

„Gegen den „Nach Feierabend“ Rummel haben jetzt auch die Ärzte Stellung genommen. In der „Frankfurter Zeitung“ lesen wir: „Die Mißstände, die die sogenannten Abonnentenversicherungen bei Familienzeitschriften wie „Nach Feierabend“ u. a. mehr im Gefolge haben, veranlaßten den ärztlichen Kreisverein Mannheim, zu beschließen, daß die Ärzte des Kreises Mann-

heim keine Atteste für diese in Arbeiterkreisen sehr verbreiteten Unternehmungen ausstellen. Das Publikum wird von vielen Akquisiteuren und Kolporteurs dadurch zum Abonnement veranlaßt, daß es in den irrtümlichen Glauben versetzt wird, gegen Unfall versichert zu sein, wie etwa bei einer privaten Versicherungs-gesellschaft oder bei der staatlichen Unfallversicherung. Diese Zeitschriften entschädigen aber nur Invalidität nach Unfall, dagegen keinen Unfall, der keine dauernden Folgen (von mindestens 10 Prozent Invalidität) hinterläßt. Infolge dieses Irrtums kommen die Ärzte, die korrekter Weise die Ausstellung von Attesten bei Unfällen ohne Dauerfolgen ablehnen, in Differenzen mit ihren Patienten. Zu einer ähnlichen Stellungnahme wie der Kreisverein Mannheim sahen sich auch die Kreisvereine Karlsruhe und der benachbarte hessische Verein veranlaßt.“

Unsre Leser wollen sich das merken!

## Rundschau.

Berlin, den 9. März 1909.

Wir befinden uns gegenwärtig in derjenigen Zeit des Jahres, wo den „Auslernenden“ von ihren Lehrherren gesagt wird: „Gehet hin in alle Welt, und seht nun zu, wie Ihr Euch durchschlagt!“ Denn vor der Türe wartet bereits der — neue Lehrling, der die übliche Zahl wieder vollmachen wird. „Gehet hin in alle Welt.“ Das Lehrlingszeugnis ist der Geleitbrief, auf den das junge Menschenkind seine Hoffnung setzt. Ach, es weiß ja noch nicht, wie wenig solch ein „Lehrbrief“ heute bedeutet. Es weiß noch nicht, daß der Herr Prinzipal darüber im Stillen lächelt; er braucht zunächst ja nur die rohe, und vor allem die willige und billige Arbeitskraft. Der frischgebackene Kunstjünger muß sich zunächst in die größeren Arbeiten schicken, um die andern nachgrade noch zu erlernen; denn das wirkliche Lernen beginnt ja erst mit der Gehilfenzeit.

Ausgelernte in Betrieben, wo organisierte Gehilfen sind, sollten den Betrieb nicht verlassen, bevor sie die Mitgliedschaft des A. D. G. V. erworben haben. Eine Mitgliedskarte des A. D. G. V. ist für den jungen Kollegen die beste Empfehlung in den Kollegenkreisen; damit erwirbt er sich sofort die Freundschaft seiner Kollegen, das Heimatsrecht in ihren Kreisen und ihre moralische und tatkräftige Unterstützung in allen Berufsangelegenheiten. Also: nicht erst warten, bis der Ausgelernte seine erste Stellung als Gehilfe angetreten hat (er kann da in einen Ort, in eine Gegend verschlagen werden, wo er zum Beitritt überhaupt keine Gelegenheit findet), sondern die Aufnahme schon in den letzten Wochen der Lehrzeit bewirken! —

Die diesjährige Hauptversammlung des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands hat „weltbewegende“ Beschlüsse nicht gefaßt. Die meisten vorliegenden Anträge waren teils für eine Annahme ungeeignet, — dann wurden sie abgelehnt; oder die in Frage kommende Materie war zu brenzlich, — dann wurden sie dem Vorstände als Material überwiesen. Der Ablehnung verfallen ist u. a. der schöne Antrag auf Schaffung von „Auszeichnungen für mehrjährige Dienste“. Unsre dahin gemachten Vorschläge sind darum ebenfalls unter den Tisch gefallen. Das ist schade. Die kalbs-, schafs- und rindsledernen Medaillen hätten wir doch gar zu gerne eingeführt gesehen. Auch die Mitnahme „kontraktbrüchiger Gehilfen“ in die Liste C (eine Zusammenstellung von zahlungsunfähigen und unsoliden Firmen) ist abgelehnt worden. Man war wohl so gescheit, einzusehen, daß das Schießen nach Spatzen mit Kanonen nur die Lachmuskeln der dabei Zusehenden in Tätigkeit bringen kann. Auch der Anregung auf Herausgabe eines „Vakanzenblattes (Arbeitsmarkt)“ verschloß man sein Ohr. Mit einem derartigen Unternehmen sei schon einmal Fiasco gemacht worden, und heute sei damit nichts Besseres zu erwarten. — Der Antrag auf Namensänderung des Verbandes und des Verbandsorgans ist als Material zur Kenntnis genommen worden. Die Angelegenheit war noch zu unreif. Ebenso unreif und besonders noch nicht brennend war es, die Gründung eines sog. „Arbeitgeberschutzverbandes im Verbands“ zu beschließen. — Auch in der „Rechtsfrage“ tastet man noch hin und her; die darauf bezüglichen Anträge ließ man deshalb dem Vorstände gleichfalls als Material überwiesen. In der Frage der „gesetzlichen Interessenvertretung“ sind die Landwirtschaftskammern (zur Abwechslung) mal wieder in den Hintergrund gestellt worden, weil angeblich immer noch Aussicht auf Erlangung besonderer Gartenbaukammern sei, oder solche Aussicht wohl wieder neu eingetreten ist.

Was die Frage des „Arbeiterschutzes in Streikfällen“ angeht, so waren die Ansichten dazu geteilt. Das Gesamtergebnis der Aussprache über den Punkt war, daß man meint, jenen Angriffen heute noch mit den schon bestehenden Einrichtungen gewachsen zu sein. Da ja jedes Jahr eine Hauptversammlung stattfindet und später der Ausschuß sogar allein Beschlüsse wird fassen können, so kann man die Entwicklung abwarten.

Knuten-Oertel hat seinen angekündigten Vortrag über die Erbschaftsteuer nicht gehalten. Der bedauernde Mann war — krank geworden, wohl infolge seiner Anstrengung als Redner beim Bund der Landwirte im Zirkus Busch.

Die „Süddeutschen Gärtnerzeitung“, die sich in dem Falle „Kretschmann-Offenbach“ nach Reichverbandsmanier so famos moralisch zu entrichten vermochte, hat sich bis heute noch nicht bemüht gefühlt, ihre Leser über das Ergebnis der Untersuchung, die so blamabel für den Schützling der „Süddeutschen“ endete, zu unterrichten. Auch echte „Reichverbands“-Manier. Erst verleumdet man frisch drauflos, und wenn die Verleumdung als solche erwiesen, dann schweigt man sich aus. „Etwas bleibt auf diese Weise doch hängen.“ So wird „für Anstand und Sitte“ gekämpft!

In Bamberg soll der Mist durch eine städtische Kanalisation fortgeschwemmt werden. Bisher fehlte dort solche Einrichtung noch. Die Gärtnerunternehmer protestieren nun für ihren Teil gegen die Kanalisation, sie wollen den Abtrittmist für ihre Gemüsekulturen behalten, was man ihnen schließlich nicht verdenken kann. Der künstliche Dünger könne diesen natürlichen nicht ganz ersetzen. — Im Notfall mögen die Bamberger Gärtnerbesitzer sich doch an eine gewisse Kloake in Leipzig wenden. Auch in Mannheim sucht sich ja eine ähnliche zu entwickeln, wie wir fanden.

In der Nachlaßsteuerfrage, über die wir im Leitartikel der vorigen Nummer geschrieben haben, ist neuerdings ein Kompromiß zustande gekommen. Danach soll die Steuer wegfallen. Dafür soll durch die Einzelstaaten eine sogen. „Besitzsteuer“ erhoben werden von schuldfreien Vermögen über 20000 Mark und von Einkommen über 3000 Mark.

Warum die Großgrundbesitzer so geschworene Feinde einer Nachlaßsteuer sind, das sagt uns der (ebenfalls konservative) Professor Hans Delbrück. Er erklärt, daß die Konservativen und die Agrarier in der Hauptsache deshalb gegen die Nachlaßsteuer seien, weil sie die Aufdeckung der außerordentlich umfangreichen Steuerhinterziehungen bei der Ergänzungssteuer mit sich brächte. „Nach einer von ihm gemachten Aufstellung werden allein in Preußen 60 Milliarden Mark nicht zur Steuer deklariert. Professor Delbrück findet, daß es der Bund der Landwirte sei, der das Rückgrat des Widerstandes bilde. Der Bund der Landwirte untergrabe und ersticke im deutschen Volke den Sinn für patriotische Opferwilligkeit. Der Bund der Landwirte sei in Wirklichkeit der nationale Feind.“

Radikale Sparsamkeit. Es wird den biederen Herrn Reichskanzler mächtig freuen, wenn er erfährt, daß unter all dem Hohn und Spott, den ihm sein Sparsamkeits-Evangelium eingetragen, auch hier und da patriotischer Idealismus aufzusprießen und den schlummernden unteren Ständen Beispiele wahrhaft heroischer Sparsamkeit zu liefern beginnt. Wie das von dem in Augsburg erscheinenden Wochenblatt der gelben Arbeiterorganisation geschieht in jener gemeinnützigen Rubrik, die den verzweifelnden Hausfrauen der so billig arbeitenden wie denkenden „Gelben“ mit Kochrezepten unter die Arme greift. Dort findet sich z. B. ein geniales Rezept für „Kartoffel-Dotsch“, das sich folgendermaßen ausnimmt: „Die ausgedrückten Kartoffeln werden mit ungefähr einem Schoppen Milch oder, wenn man sparen will, mit siedendem Wasser (das kostet nichts) gebrüht . . . dann kommt für 10 Pfg. saurer Rahm zu dem Teig; wenn man sparen will, kann er auch weggelassen . . .“ usw. — Gegen diese „Sparküche“ läßt sich nur einwenden, daß sie immer noch nicht ganz radikal ist. Warum „Kartoffel-Dotsch“ und nicht einfach „Dotsch“ — wenn man sparen will, können doch die Kartoffeln auch noch weggelassen.

Herrschaftsgärtnerstellen. Gärtner, der Hausarbeit übernimmt, sucht Max Dehne in Halle a. S. (Saale-Ztg., 3. 2. 09); desgleichen Fr. Grau in Halberstadt (Magd. Ztg., 21. 2. 09); desgleichen Chiffre-Insertat im Bresl. Gen.-Anz., 18. 2. 09; Gärtner mit wenig Familie sucht Rittergutsbes. von Raczeck,

Schakanau bei Gleiwitz; desgleichen Domäne Schöngleina bei Roda, S.-A. (Dorfztg., Hildburghausen); desgleichen Rittergut Ellenbach bei Sandershausen, Bez. Cassel (D. Tagesztg., 9. 2. 09). Gärtner, der auch landwirtschaftl. Arbeiten mit verrichtet, sucht Domäne Schöngleina bei Roda (Dorfztg., Hildburghausen); dessen Frau mit tätig ist, sucht Domäne Neuhoft bei Kreuzburg, O.-S. (Schles. Ztg., 7. 2. 09); desgleichen Fr. Barchewitz, Gr. Merzdorf, Kreis Schweidnitz (Bresl. Gen.-Anz., 10. 2. 09); dessen Frau im Garten mitarbeitet, Schloßgärtnerei Branchitschdorf o. Lüben i. Schl. (Bresl. Gen.-Anz., 25. 1. 09); Frau Landarbeit verrichten, Dom. Kulm b. Sommerfeld, Bezirk Frankfurt a. O. (Schl. Ztg., 8. 1. 09). Frau im Garten und bei Wäsche im Schlosse mit-hilft, Dom. Bischwitz a. Berge I, Post Schmolz, Kr. Breslau (Schl. Ztg., 8. 1. 09).

## Korrespondenzen.

**Bamberg.** Dem „Erlanger Tagblatt“ wird aus Bamberg unter dem 15. Februar berichtet: „Ein Zeichen von bedauerlichem Indifferentismus und Konkurrenzwut, wie sie im Gewerbe herrscht, ergab sich in heutiger Magistratssitzung. Die Stadtgemeinde hat seit Jahren die Pflanzendekoration der Särge bei Beerdigung nach bestimmten Sätzen mit dem Verein der Kunstgärtner hiesiger Stadt durch Vertrag geregelt. Zwei Kunstgärtner, die, weil sie mehr Handels- und Landschaftsgärtner sind, von diesen Arbeiten ausgeschlossen wurden, boten der Stadt die Übernahme der Arbeiten um 50 Prozent billiger an. Dabei würde die Stadt bezw. das beteiligte Publikum um zirka 2000 Mk. alljährlich billiger wegkommen. Ferner fand die Vergebung von Kanalisationsarbeiten (als Notstandsarbeiten) statt, wobei sich Angebote von 40 und 50 Prozent befanden. Bei einem Lose betrug das Mindestgebot 6655 Mk., das Höchstgebot 18629 Mk. Das sind nahezu 300 Prozent! Die Mindestgebote werden möglichst berücksichtigt, jedoch wurde den Firmen, um sich eine gute Arbeit zu sichern, eine 20prozentige Kautions der Bau-somme, sowie verschärfte Haftpflichtbedingungen auferlegt und strenge Baukontrolle angeordnet.“

**Cöln a. Rh.** Ein Bild aus dem Logiszwang. In dem Vorörtchen Hohenlind bei Cöln a. Rhein befindet sich eine Gärtnerei von Carl Schmitz. Die dort dem Gehilfen und einem Lehrling gebotene Wohnung ist eine Dachwohnung, ungefähr 3 m breit und 5 m lang, zu der eine Treppe führt, deren Benutzung schon bei Tage die größte Vorsicht verlangt. Verschließbar ist der Raum nur von innen mit einem Holzriegel. Der Fußboden befindet sich in schlechtem Zustande. Die 2 Betten (für 1 Gehilfen und 1 Lehrling) sind schlecht. Der weitere Wohnungsinhalt ist noch ein Tisch. Stühle oder dergleichen fehlen. Nicht einmal ein Schrank, viel weniger noch ein Ofen, ist vorhanden. Durch die zerschlagenen Fenster und ein Loch in einer Wand hat jegliche Witterung freien Zutritt. Bei sehr mäßiger Kost wird ein Lohn von 30, selten bis 35 Mark pro Monat gezahlt. Der dort beschäftigte junge Kollege ist durch die schlechten Wohnungsverhältnisse erkrankt. — Solche und noch ähnliche Zustände hierorts veranlassen uns, den Kampf gegen den Kost- und Logiszwang energischer aufzunehmen. Sch.

**Dresden.** Unternehmerfreundlichkeit. In der Baumschulfirma Hoyer & Klemm, Dresden-Gruna, sind die Gehilfen wegen ungünstiger Witterung entlassen, resp. dieselben müssen aussetzen. Dagegen werden eine Anzahl polnischer, jugendlicher Arbeiter weiter beschäftigt. — Der Inhaber der Firma spielt eine große Rolle im Militär-Verein, und scheint derselbe auf diese Weise seine patriotische Gesinnung am deutlichsten zum Ausdruck bringen zu sollen. — Lästereien wieder behaupten, der Obergärtner S. habe die Galizier besonders warm in sein Herz geschlossen. Oder sollte man aus Sparsamkeitsrücksichten so verfahren? Die Polenjünglinge sind ja wohl immer noch etwas billiger, wie die eben auch nicht besonders bezahlten deutschen Gehilfen. —

**Hagen i. W.** Wie immer, erfreuten wir uns auch diesmal der Gesellschaft einer Reihe von Prinzipalen, die es sich nicht nehmen lassen, selbst aus weiterer Umgebung herbeizueilen, für uns gewiß recht schmeichelhaft. Nach dem Vortrag über Teuerung, Krise und Arbeitslosigkeit, meinte deren Wortführer, Herr Kamp-Haspe, mit diesen Dingen hätten wir als Gärtner doch eigentlich nichts zu tun; wie die neuen Steuern von 500 Millionen aufgebracht werden sollten, dürfen wir doch ruhig unsern Herren Vertretern im Reichstage überlassen; im übrigen wäre die Krise ein notwendiges Übel.

— Wenn wir nun auch überzeugt sind, daß die alten Herren von Hagen sich nicht mehr zu unsern Ansichten bekehren werden, so dürften sie doch bei öfterem Zusammensein noch recht viel von den bösen Allgemeinen lernen. Das zeigt sich bei dem Handelsgärtner Herrn Hinz-Hagen. Dieser erklärte wörtlich: „Für die reinen Landschaftsgärtnergehilfen wären 60 Pfg. Stundenlohn noch nicht genug; denn die hätten zuviel Ausfalltage und dabei schließlich noch weniger, wie die Kollegen der andern Branchen bei niedrigen Löhnen.“ Hört Ihr's, Ihr Herren Garten-Architekten und Landschaftsgärtner? Nicht 45 oder 50 Pfg. ist ein auskömmlicher Lohn, sondern 60 Pf. und darüber; es wird Zeit, dieses wahr zu machen. Und auch unsre Kollegen der Landschafterzunft mögen sich diesen, gewiß doch einwandfreien Ausspruch des Herrn Hinz merken, wir wollen ihn nicht vergessen. L.

**Leipzig.** Auf der Straße stehende Wagen müssen abends beleuchtet sein. Ein Gärtner R. ließ eines Nachts einen mit Stangen beladenen Wagen unbeleuchtet auf der Dorfstraße stehen. In der Dunkelheit unternahm mehrere junge Leute auf der Straße einen Wettlauf, wobei einer von ihnen an die Stangen mit einer solchen Gewalt anrannte, daß eine Zerreißen eines Darmes erfolgte. Als der Verletzte am Tage nach dem Vorfall starb, wurde R. für den Tod verantwortlich gemacht und zu mehrwöchentlicher Gefängnisstrafe verurteilt. Gegen das Urteil legte R. Revision bei dem Reichsgericht ein, die jedoch verworfen wurde.

**München.** Die neutrale Krankenkasse für Deutsche Gärtner in Hamburg. Ein Fall, der gewiß für jeden Gärtnergehilfen von Wichtigkeit ist und sehr deutlich die Neutralität obengenannter Kasse kennzeichnet, sei hier kurz mitgeteilt. Denn, was dem Unterzeichneten passiert ist, kann heute oder morgen jedem unsrer Kollegen passieren, wenn er sich erlaubt, einmal Kritik zu üben.

Als altes Mitglied genannter Kasse schloß ich mich nach meiner Übersiedelung von Zürich nach München sofort wieder derselben an und wurde damals auch anstandslos aufgenommen. In der Münchener Jahresversammlung 1907 erlaubte ich mir, mit noch mehreren Kollegen an der hiesigen Geschäftsleitung Kritik zu üben, wodurch der Herr Vorsitzende Sambali, Obergärtner in der Stadt-gärtnerei, sehr in Aufregung geriet. Daß sich überhaupt ein Gärtnergehilfe erlaubt, an seiner Geschäftsleitung Kritik zu üben, ist nach seiner Meinung unerhört und mußte deshalb nach seiner Meinung auch streng bestraft werden. Diese erhobenen Anschuldigungen zu entkräften oder gar zu widerlegen fiel dem Herrn garnicht ein; desto mehr aber verstieg er sich dahin, die organisierten Kollegen und die Münchener Ortskrankenkasse nach Art des Reichslügenverbandes anzupöbeln. Hier nur kurz einige Beispiele von dem kenntnisreichen Vorsitzenden, der sich verstieg zu behaupten, in der Versammlung sei gar niemand anwesend, der diese Kasse leiten könnte. Von der Versammlung wurde verlangt, daß das Protokoll der letzten Jahres-Versammlung verlesen werde. Darauf erfolgte prompt die Antwort: „Wenn es die Polizei genehmigt, kann genügt es!“ Nach der Aufklärung, die Polizei könne doch kein Protokoll genehmigen, wenn dieselbe nicht weiß, was gesprochen wurde, erfolgte prompt die Antwort: „Das verstehen wir nicht.“ Nach längerer Belehrung setzte es die Versammlung dennoch durch. Ferner wurde festgestellt, daß mehrere Mitglieder zu dieser Versammlung nicht eingeladen wurden (auch Schreiber dieses gehörte dazu), jedenfalls deshalb nicht, um unliebsame Personen fernzuhalten und schön unter sich zu bleiben. Auch wurde diese General-Versammlung erst 10 Stunden vor Anfang einberufen, also ganz statutenwidrig.

Hätte man den Herrn Vorsitzenden durch die angebrachte Kritik schon außer Rand und Band gebracht, so verlor derselbe ganz die Fassung, als er hörte, daß die Organisierten ebenfalls einen Kandidaten als Vorsitzenden aufgestellt hatten. Nach dem Wahlergebnis ergab es Stimmengleichheit, man wußte sich aber schnell zu helfen; denn siehe da: es wurde einfach von dem Gegenkandidaten eine Stimme als ungültig erklärt, weil der Name nicht richtig geschrieben war. Zum Überflus triumphierte Herr Sambali in seinem Schlußwort noch über den Besiegten.

Im Laufe der Zeit sann man auf fürchterliche Rache. Der Kollege Nottrodt wurde einer andern Zahlstelle überwiesen, um 8 Tage später als

Unsre neue Agitationsbroschüre:

**„Die Lage der Herrschaftsgärtner und deren Hebung“** (48 Druckseiten) ist soeben erschienen. Wir bitten alle Kollegen um Mitteilung aller ihnen bekannten Adressen von Herrschaftsgärtnern, die nicht im Bezirk eines Zweigvereins wohnen. Die Versendung der Broschüre an diese Kollegen erfolgt alsdann direkt durch die Hauptgeschäftsstelle in Berlin.

Vorsitzender dort gewählt zu werden, den andern schloß man einfach aus, weil er „nicht mehr im Berufe tätig“ war. Die Rachegefühle noch nicht befriedigt, mußten noch Mitglieder daran glauben, die schon 5—8 Jahre Mitglied waren. Nun schreibt ja leider das Statut vor (§ 14 Absatz e), daß Gärtner, welche nicht mehr in der Gärtnerei arbeiten, ausgeschlossen werden müssen. Wenn nun aber dieser Satz hier so streng angewendet wird, warum nicht auch dann, wenn Handelsgärtner als Hilfsarbeiter beschäftigt werden? Komisch berührt es dann weiter, daß mit dieser Maßregel nur Organisierte, nicht aber auch unorganisierte Gärtner betroffen wurden. Ist das nur Zufall oder Versehen, Herr Sambali?

Als ich im Jahre 1908 ein Blumengeschäft nebst Landschaftsgärtnerei betrieb, glaubte ich meine Mitgliedschaft wieder erwerben zu können, aber weit gefehlt. Ich war also im Jahre 1907 nicht nach § 14 Absatz e ausgeschlossen, sondern, deshalb, weil ich an der vergangenen Versammlung Kritik geübt hatte. Denn wäre ich wirklich nach vorstehendem § 14 Absatz e ausgeschlossen worden, so hätte ich bei meiner Anmeldung wieder aufgenommen werden müssen, vorausgesetzt, daß die Hauptverwaltung in Hamburg Bindelei und Landschaft zur Gärtnerei rechnet. Oder hat die Verwaltung erst den Rat des Herrn Sambali eingeholt? Ich neige zu der Ansicht, daß mein Ausschluß Vorgespiegelung falscher Tatsachen war. Oder was noch wahrscheinlicher ist: die Verwaltung in München resp. deren Vorsitzender hat die Hauptverwaltung in Hamburg absichtlich getäuscht, um mich von der Kasse fernzuhalten.

Nun hätte ich ja, wie Herr Sambali geäußert hat, wieder aufgenommen werden können, wenn ich ein Bittgesuch (!) eingereicht hätte. Herr S. ist also der Ansicht, man kann nur Mitglied der Kasse werden, wenn man das Wohlwollen des Herrn Vorsitzenden genießt, andernfalls wird man der Gnade nicht teilhaftig. Ein Vorsitzender, welcher derartige Mittel gebraucht, ist nach Ansicht einer Anzahl Münchener Mitglieder (auch Handelsgärtner) nicht fähig, ein solch wichtiges Amt zu führen. Wenn Herr S. noch ein bißchen Anstandsgefühl hätte, müßte er auch die Konsequenzen daraus ziehen. Das ganze Vorgehen zeigt deutlich den Weg, wohin wir in der Krankenkasse fahren. Hier heißt es nur Zahlen und Maulhalten! Dann werden die Gehilfen allenfalls noch geduldet.

Wie hoch nun genannter Vorsitzender seine Ehre einschätzt, geht zur Genüge aus folgendem hervor. Bei einer Besprechung über den Ausschluß des Kollegen Schüler verpfändete obengenannter Herr der Versammlung sein Ehrenwort, daß sowas in München nicht vorkommen wird, so lange er Vorsitzender ist. Und einige Monate später: . . .

Mit weiteren Veröffentlichungen über Behandlung der Mitglieder seitens des Herrn Vorsitzenden und Kassierers werden wir uns später noch einmal befassen müssen, speziell mit der Auszahlung der Krankengelder.

Um nun Klarheit in die ganze Sache zu bringen, erlaube ich mir folgende Fragen an die Hauptverwaltung genannter Kasse zu richten, und ich denke, es wird für dieselbe ein Leichtes sein, dieselben zu beantworten.

1. Warum wurde ich im Jahre 1907 ausgeschlossen?

2. Erachtet die Hauptverwaltung der K. f. d. G. die Bindelei und Landschaftsgärtnerei nicht zur Gärtnerei gehörig?

3. Wenn ja: warum wurde mir 1908 die Aufnahme verweigert?

4. Welche Schritte hat Herr Sambali in Hamburg unternommen, um meine Aufnahme zu hintertreiben?

5. Welche Schritte gedenkt die Hauptverwaltung zu tun, um einer derartigen Paschawirtschaft vorzubeugen?

Johann Rolke, Baaderstr. 80 III, 1.

**Wiesbaden.** Krankenkassen-Sachen. Bei Gelegenheit der diesjährigen Neuwahl der Vorstandsmitglieder hiesiger Verwaltungsstelle der K. f. d. G. wurde als Kassierer Herr Handelsgärtner Widmann in Biebrich gewählt. Die Wahl erfolgte mit knapper Mehrheit und nur dadurch, weil die Minderjährigen ja kein Wahlrecht haben. Nun liegt Biebrich von Wiesbaden eine gute Stunde entfernt, und ist deshalb das Beiträgezahlen mit großen Umständenlichkeiten verknüpft, mehr aber noch die Meldungen usw. in Krankheitsfällen. Dazu kommt, daß Biebrich eine eigne Verwaltungsstelle hat, zu der Herr Widmann von rechts- und statutenweg gehört. Schließlich wurde die Wahl auch nur möglich, weil eine weitere Anzahl Biebricher Mitglieder, die also auch in die Biebricher Verwaltungsstelle gehören, Herrn W. ihre Stimmen gaben. Aus diesen Gründen erhoben nun zahlreiche Mitglieder beim Hauptvorstande in Hamburg gegen die Wahl Protest. Der Hauptvorstand hat indes den Protest zurückgewiesen. Herr W. sei darum in der Wiesbadener Verwaltungsstelle mitgliedsberechtigt, weil „die örtliche Verwaltungsstelle Wiesbaden bei der Errichtung vor 25 Jahren (!! d. Red.) für die Stadt Wiesbaden und alle im zweistündigen Umkreise liegenden Ortschaften zu einem Bezirk vereinigt und als örtliche Verwaltung der betreffenden Aufsichtsbehörde aufgegeben wurde“. Daß inzwischen Biebrich eine eigne Verwaltungsstelle erhalten hat, stört in diesem Falle den Hauptvorstand garnicht. Ebenso wurde noch Niederwalluf errichtet, das auch zum zweistündigen Umkreise gehört. Als nun aber, mit Hinweis auf Biebrich und Niederwalluf, die Beschwerdeführer ankündigten, sie würden, falls ihrer Beschwerde nicht stattgegeben würde, eine neue Verwaltungsstelle in Sonneberg oder Bierstedt errichten, da hieß es auf einmal: „... daß wir bei Errichtung einer Verwaltungsstelle selbstverständlich die Bedürfnisfrage zunächst ins Auge fassen, und die Wünsche einzelner Vereine, welche gern auf Kosten der Krankenkasse groß werden möchten, erst in letzter Linie berücksichtigen“. Auch bereits in dem ersten Antwortschreiben erlaubte sich der Hauptvorstand die Unterstellung, die Beschwerdeführer hätten sich aus dem Grunde gegen Herrn W. gewandt, weil dieser nicht dem A. D. G. V. angehöre!

Ist diese hauptvorständliche Handlungsweise unparteiisch? Wir haben das Gefühl und die Überzeugung des Gegenteils. Wir halten für tödlich, daß die Wehl des Herrn Widmann in dem Falle, daß er dem A. D. G. V. angehörte, auch schon ohne Beschwerdeerhebung vom Hauptvorstande der Kasse als ungültig erklärt worden wäre. Die Gründe sind in solchen Fällen, wie man erkennt, billig wie Brombeeren. —er.

**Allgem. Deutscher Gärtnerverein.**

Berlin N. 37, Metzter Strasse 3. Fernsprecher Amt 3, 5882  
Vorsitzender: **Georg Schmidt.**

Bei jedem schriftlichen Verkehr ersuchen wir um deutliche Angabe der Adresse des Absenders. (Name, Ort Strasse und Hausnummer.)

**Bekanntmachungen.**

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag, den 14. März der 11. Wochenbeitrag 1909 für die Zeit vom 14. März bis 20. März 1909 fällig ist.

**Zur Beachtung! Alle Sendungen, besonders Postanweisungen, an die leitenden Personen der Organisation sind mit der persönlichen Adresse des Empfängers zu versehen. Es entstehen sonst postalische Schwierigkeiten bei der Auszahlung.** Nachfolgend geben wir die wichtigsten Adressen bekannt:

**Hauptvorstand:** Georg Schmidt, Berlin N. 37 Metzter Straße 3.

**Ausschuß,** zugleich Adresse der Ortsverwaltung Dresden: Paul Maetke, Dresden-A. 1, Ritzenbergstraße 2.

1. **Agit.-Bezirk,** zugleich Ortsverw. Hamburg: Josef Busch, Hamburg 36, Drehbahn 35, pt.

2. **Agit.-Bezirk,** zugleich Ortsverw. Düsseldorf: Hugo Link, Düsseldorf, Flingerstraße 40—42.

3. **Agit.-Bezirk,** zugleich Ortsverw. Frankfurt a. M.: Eugen Kaiser, Frankfurt a. M., Stoltzstraße 13/15.

4. **Agit.-Bezirk,** zugleich Ortsverw. München: Johann Rolke, München, Baaderstraße 80, III, 1.

5. **Agit.-Bezirk,** zugleich Ortsverw. Leipzig: Ludwig Hauke, Leipzig, Zeitzer Straße 32.

6. **Agit.-Bezirk,** zugleich Ortsverw. Groß-Berlin: Walter Kwasnik, Berlin N. 37, Metzter Straße 3.

— Wir machen die Vorstände, besonders die Kassierer der örtlichen Verwaltungen schon jetzt darauf aufmerksam, daß von den Beiträgen à 35 Pfg., ab 1. Januar 1909, 30 Pfg. an die Hauptkasse abgeliefert werden müssen. Bisher wurden nur 27 Pfg. abgeliefert.

— **Chemnitz.** Vorsitzender ist jetzt Kollege Reinhold Schwietzke, Senefelderstraße.

— **Essen.** Das Vereinslokal befindet sich jetzt im Hessischen Hof (Inhaber Quad), Kastanienallee.

**Inhaltsübersicht zu No. 11.**

Standesdünkel. — Nicht Verkümmern, sondern Ausbau der Arbeiterversicherung. — Fachtechnische Rundschau. — Caladienkultur. — Fragekasten. — Ueber Zustände in der Firma Linkmann zu Bad Nauheim. — Ueber Handel. — Die Taritbewegung in Essen. — Herr Abgeordneter Franz Behrens und die Gesindeordnung. — Zur Warnung. — Rundschau: Die Auslernenden; Hauptversammlung des V. d. H. D.; Die Südd. Gärtnertztg. und der Fall Kretschmer-Offenbach; Kanalisation in Bamberg und die Gärtner; Nachlasssteuer; Radikale Sparsamkeit; Herrschaftsgärtnerstellen. — Korrespondenzen: Bamberg; Köln a. Rh.; Dresden; Hagen i. W.; Leipzig; München; Wiesbaden. — Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein: Bekanntmachungen. — Feuilleton: Die Ang-t vor der Oeffentlichkeit; Die Vereinsmeierei und das Kneipenhocken; Riesenzahlen; Der alte Gärtner.

Chiffre-Briefe befördert die Expedition nur weiter, wenn die Einsender das Frankatur-Porto beifügen. Die Expedition.

**Hühnerfutter „Basta“**, bewährte Mischung. Ctr. 7 Mk. Hoffmanns Futter-Zentrale, Magdeburg. (1097)

**Erdbeer-, Pfirsich- und Obstanlagen**, Areal 46 Ar, Weinberggrundstück mit Weinschänke, komplett, in schönster Umgebung Dresdens, äußerst rentabel, vorteilhaft zu verkaufen. Preis 42000 Mk. Anzahlung nach Übereinkommen. Off. D. U. 3168 an Rudolf Mosse, Dresden. (1102)

Ein im Obst- und Gemüsebau erfahrener

**Gärtner,** welcher Hausbeschäftigung u. Wagen-Reinigung übernimmt, gesucht. Angebot mit Zeugnisabschriften und Gehaltsanspruch ist nach Duisburg a. Rh. Freischütz 16 zu richten. (1100)

**Gärtnerei** zum 1. 4. 09 mit oder ohne Wohnung zu verpachten. (1104/12) Auskunft beim Hausverwalter in Steglitz, Eisenstraße 20.

**Mein Gartengrundstück**

mit Landwirtschaft verbunden (insgesamt ca. 50 Morgen) will ich sof. verkaufen. Dasselbe eignet sich vorz. zu einer Gärtnerei (Gemüse und Obstbau), Baumschulenbetrieb od. Landwirtschaft. Reflekt. bitte mit mir i. Verbind. z. treten. Chr. Hansen, Stralsund, Bartherstr. 10 a. (1093/12)

**Steckzwiebeln!** kleine hellgelbe, garantiert nicht in Samen gehend, bestbewährte Qualität à Ctr. 30 Mk. versendet **Joseph Lechner, Herxheim (Pfalz).** (1095/13)

**Ewald Melchior**

aus Welzow (Spremeberg), Gärtner, wird ersucht, seine Adresse mir zu übermitteln. Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, wollen mir ihn gütigst mitteilen. E. Enke, Heberndorf, Schw. R., b. Wurzach. (1096)

Jeder (1103/12, 1103/12) **Gärtner** braucht unsere unverwüstlichen: Liste B. B. Stück 2 Mk. 80 Pfg. Allgem. Metallkorb-Ges. geschützt Zentrale Frauenstein im Erzgebirge.



★ ★ Anzeigen-Teil. ★ ★

Die viermal gespaltene Petitzelle oder deren Raum kostet 30 Ffg.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Dienstags früh.

Für den Anzeigenteil übernimmt die Redaktion nur die gesetzliche Verantwortung.

Suche eine Lehranstalt, wo ein jung. Mann prakt. und theor. Gärtnerei lernt. (1098/12) Louis Bernhard, Luckenwalde.

Zu verpachten modern eingerichtete Gärtnerei für Schnittblumen und Blattpflanzen in der Nähe Berlins, ca. 3 Morgen, mit schöner Wohnung und großem Gewächshaus. Offerten erb. unter C. S. 7475 durch Rudolf Mosse, Berlin N, Schiffbauerdamm 1. (1099)

Steckzwiebeln kleine, runde, gelbe, 10 Pfd. (ca. 5100 Stück) Mk. 3,50 franco. Nachn. (1088/12) D. Anderson in Brody via Breslau.

Wichtig für jeden Gärtner und Landwirt! Kartoffelneuzüchtung „Express“ beste und ertragreichste, mittel-späte Kartoffelsorte, erreichte durch ihre kolossalen Ertrag das Erstaunen der Fachleute. „Express“ ist entschieden die feinste aller existierenden Kartoffelneuzüchtungen. Nach Aussage des Züchters übertrifft sie alles bisher Dagewesene. In Schottland wurden pr. Morgen (1/4 ha) 290 Ctr. große vollkommen gesunde Knollen geerntet, während eine von mir vorgenommene Probesaat von 10 Pfd. den enormen Ertrag von 6 Ctr. ergab. Im Durchschnitt trägt jeder Busch 35-40 Früchte. Das Fleisch ist gelblich-weiß, gekocht mehlig u. besitzt den bei Feinschmeckern so sehr gerühmten nußartigen Geschmack, wodurch die Marktverkäufer einen schnellen Absatz und dementsprechend hohen Nutzen erzielen. „Express“ gedeiht in jedem Boden u. Klima. Überall im Aus- und Inlande, wohin ich diese Sorte geliefert habe, wurde ich von Belobigungen und Nachbestellungen überhäuft. Ich kann daher jedem Gärtner und Landwirt den Massen-anbau dieser für die Landwirtschaft so wertvollen Kartoffel nicht dringend genug empfehlen. Ich offeriere, handverlesenes Saatgut: 10 Pfd. (Postkolli) 2,00 Mk., 1/4 Ctr. 3,50 Mk., 1/2 Ctr. 6 Mk., 1 Ctr. 10 Mk. K. Bogenhardt (1090/13) Erfurt, Samenhandlung.

Für 48 Mark versende ich eine hochelegante, hocharm. Familiennähmaschine (Syst. Singer) zum Fußbetrieb, mit allen Neuerungen ausgestattet, inkl. hochf. poliert. Kasten und sämtlichem Zubehör. (1091/52) Viele Anerkennungen. 5 Jahre Garantie. K. Hönniger, Erfurt. Illustriert. Katalog gratis u. franko. Hochzuchten von Graf Arnim: Helianthus tuberosus (engl. Jerusalem-artischocke), Kartoffelneuzüchtungen, Früh-lupinen. Prospekte gratis. Gartenverwaltung Nassenheide, Pomm. (1101/13)

S. Kunde & Sohn Dresden Dresden-A. 38, Kipsdorferstr. 106. - Gegründet 1787. - Spezialfabrik für Gartenwerkzeuge. Bekannte erste Qualität. Reelle, zuverlässige Bedienung. Ober tausend freiwillige Anerkennungen sind uns in der neuesten Zeit zugegangen. - Hauptkatalog steht kostenlos und prompt zu Diensten!

Wichtig für jeden Landwirt! Wichtig für jeden Gärtner! Neue Spezialsorten in Saatkartoffeln. Schon seit Gründung meines Geschäfts war es mein eifrigstes Bestreben, meiner Kundschaft nur das Beste zu liefern, was je im Kartoffelhandel erschien. Die ungeahnten Erfolge der vielen Belobigungen und Nachbestellungen aus allen Teilen Deutschlands und des Auslandes, welche ich mit den von mir verbreiteten Sorten erzielte, beweisen mir, daß ich mit meiner Auswahl stets das Richtige getroffen habe. Nachstehende Sorten sind infolge ihres enormen Ertrages für jeden Gärtner und Landwirt unentbehrlich und kann ich den Anbau dieser Neuzüchtungen nicht dringend genug empfehlen. (1081) 7/9/11 Frühkartoffel „Graf Zeppelin“. „Graf Zeppelin“ ist entschieden die früheste und ertragreichste Frühkartoffel der Gegenwart, welche von keiner andern Sorte auch nur annähernd übertroffen wird. Im vorigen Jahre wurden von „Graf Zeppelin“ schon am 10. Juni, also zu einer Zeit, wo Frühkartoffeln noch hoch im Preise stehen, 173 Zentner pro Morgen 1/4 ha guten Boden geerntet, während eine Probesaat von 10 Pfd. den enormen Ertrag von 4 Zentner ergab. Die Knollen, welche von der Kartoffelkrankheit nicht befallen werden, liegen in einer Anzahl von 30-35 Stck. dicht um den Stock, sodaß sie mit einem Stich gerodet werden können, sind von schöner, goldgelber Farbe, länglichrund und gelblich, gekocht mehlig und von hochfeinem, nußartigen Geschmack. Eine vorzügliche Tafelqualität, welche auf den Märkten schnellen Absatz und dementsprechend hohen Nutzen erzielt. Herr Landwirt Kirchner in Wiesenthal schreibt: Mit Ihrer Frühkartoffel war ich ausserordentlich zufrieden, endlich habe ich eine wirklich gute, frühe und ertragreiche Kartoffel gefunden. Ich entsete von den gesandten 50 Pfund zirka 19 Zentner. Ich möchte wieder Ich offeriere prima handverlesenes Saatgut in plombierten Packungen: 1 Postkolli Mk. 2,50, 1/2 Ztr. Mk. 9,-, 1 Ztr. Mk. 15,-, 2 Ztr. Mk. 25,-. Spätkartoffel „Markikönigin“. Diese hervorragende, für den Massenbau äußerst wertvolle Kartoffelsorte ist das Produkt eines berühmten Kartoffelzüchters, welche in allen trockenen oder nassen Prüfungsjahren ein nach jeder Richtung hervorragendes Resultat ergeben hat. „Markikönigin“ ist eine der wenig gelungenen Kartoffelneuzüchtungen, welche geradezu eine Versicherung gegen Missernte geben, da dieselbe gegen Nässe und Krankheit vollständig unempfindlich ist. Der Ertrag übertrifft alles bisher dagewesene. Auf einem Morgen guten Boden wurden durchschnittlich 300 Zentner geerntet, was bei einem Aussaatquantum von 5 Zentnern einem 60fachen Ertrag entspricht. Die Knollen sind von gefällig länglichrunder Form und besitzen wenig flachliegende Augen. Die Haut ist leicht genetzt, das Fleisch gelblich-weiß u. gekocht von pikantem Geschmack. „Markikönigin“ wird, wie schon der Name sagt, in kurzer Zeit den Markt beherrschen, da ihre Vorzüge einzig sind. Herr Schneider, Gärtner in Moosbach, schreibt: Ihre Spätkartoffel hat sich ausgezeichnet bewährt. Ich erhielt von 1 Zentner 62 Zentner grosse gesunde Kartoffeln. Beim Ausmachen blieben alle Leute stehen und wunderten sich über den enormen Ertrag. Senden Sie mir Ich offeriere prima handverlesenes Saatgut in plombierten Packungen: 1 Postkolli Mk. 2,-, 1/2 Ztr. Mk. 7,50, 1 Ztr. Mk. 12,-, 2 Ztr. Mk. 22,-. H. Ed. Nentwich jr. Samenhandlung Erfurt 545 Lieferant vieler städt. Behörden und landwirtsch. Vereine

Bei Bestellungen berufe man sich stets auf diese Zeitung.

- Verkehrs-Lokale für Gärtner. (In dieser Rubrik kostet ein zweiselliges Inserat pro Vierteljahr 2,50 Mk. (voranzubehalten). Dafür erhalten die Inserenten regelmässig ein Exemplar der Zeitung zum Aushängen in ihrem Lokal.) Barmen, Rest. Hildebrandt, Unterbarmen, Allee-str. 42. Lok. d. Ortsv. Barmen-Elberfeld. (1022) Barmen, Rest. Alb. Vogel, Gr. Flurstr. 7. Ver-kehrslokal der Filiale Barmen. (1023) Berlin N., Weissenburgerstr. 67. Verkehrslokal, Herberge. Stellenaussage: 11-12 Uhr abenda. Bertha W., Vorbergstr. 9, Hoffmann, Vereine-lokal. Gute Speisen. Versammlungsjeden Frei-tag vor dem 15. (1024) Blankensee, Rest. Bernh. David, Dockenhuden. Bahnhofstr. Vers. So. n. 1. u. 15. (1025) Braunschweig, Schöpenstedterstr. 3, „Zum schwarzen Ross“, Verkehrslokal, Ysl. jed. Sbd. (1026) Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstrasse 2. Vslgn. Freitags n. 1. u. 15. j. Monats. (1027) Charlottenburg, Osnabrückerstr. 80, F. Krull. Verkehrs- und Versammlungslokal. (1028) Chemnitz, J. Mattorns unt. Hainstr. 7. Versamm-lung. Bedarf. Arbeitsnachweis Witte, Clausstr. 68. I. Cölln a. Rh., Restaurant Arenz, Weyerstr. 112. Vers. Samstag n. d. 1. u. 16.; daselbst Stellen-nachweis u. Unterstützung. (1029) Dresden-A., Ritzbergstr. 2 und Marxstr. 12, „Dresdener Volkshaus“, Verkehrslokal u. Herberge. Dorswand, Ostwall 17, „Zum Bienenhaus“, Inh. Mentzer, Verkehrslokal, Herb. u. Stellenn. Verslg. Samstag nach dem 1. und 15. (1030) Düsseldorf, Flingerstr. 40-42, Zum gold. Schell-fisch, W. Düllberg, gute Küche und Logis. sivilis Preise (1031) Elberfeld, Volkshaus, Hombüchlerstr., Verslg. jeden 4. Samstag im Monat. Verkehrslokal der Filiale Elberfeld. (1032) Eckerhalsheim „Zur schönen Aussicht“, Jakob Heyer, Vereinslokal. (1033) Frankfurt a. M., Schlesinger Eck, Gr. Gallus-gasse 2, Zentralverkehr der Gärtner Frank-furts, jeden Samstag Versammlung. (1035) Frankfurt a. M.-Nordend, Restaurant Erl, Eckenheimerlandstr. 164. Versammlung Frei-tag nach dem 1. und 15. (1036) Hamburg, Rest. Kling, Drehbahn 48, Arbeits-nachweis vom 10-12 Uhr, (1037) Hamburg-Hoheluft, M. Lowerens, Wrangel-Strasse 64, Verkehrslokal der Gärtner Hoheluft, Versammlung 1. u. 8. Dienstag i. M. (1038) Hannover, Haller's Gasthaus, Bockstr. 11. Koll. sind jeden Tag zu treffen. (1039) Lübeck, Rest. Martin Nehlsen, Kl. Burgstr. 25. Verkehrslok. u. Nachtlogis. Gute Speisen. (1040) Magdeburg, Knochenhauerufer-Strasse 27-28, Eingang Packhof-Strasse, 1 Treppe. Vereins-lokal, Zentralherb.: Kleine Klosterstr. (1041) Mannheim H. S. 3, Wagner, Restaur. Prinz Max. Vereinslokal des Zweigvereins. (1042) Milhausen im Elsass, Wirtschaft zur Insula, Klostergasse 18. (1043) München, Rest. Högerbräu, Thal 75. Zentral-verkehr der Gärtner und Herberge. Versamm-lung jeden vierten Samstag im Monat. (1043) Pankow bei Berlin, Pankower Gesellschaf-tshaus Paul Rozycki, Kreuzstr. 3-4, Vereinslokal des Zweigvereins. (1045) Steglitz, Verkehrslokal bei Fritz Romann, Steg-litzer Gewerkschaftshaus, Schloss-Strasse 117, Verslg. Donnerstag n. 1. u. 15. (1048) Nieder-Schönhausen, Restaur. Ludwig, Kaiser Wilhelmstrasse 5, Vereinslokal. (1044) Renscheld, Rest. Arnold Trisch, Bismarckstr. 13 Auch Herberge. (1046) Solingen, Restaurant A. Nippel, Wupperstr. 41 Zweigvereins-Lokal (1047) Stellingen b. Hamburg, A. Lange's Klub- und Ballhaus, Kiekerstr. 211. (1049) Stutzart, Gewerkschaftshaus, Esslinger Str. Nr. 17-19. Stellennachweis: Städt. Arbeitsamt. Wandsbeck, Lübecker Str. 65, W. Jenicke, Wandsbecker Gesellschaftshaus, Logis pro Nacht 50 Pf. (1051) Weissensee, Restaur. Aug. Beimann, Wörth-strasse 28. Für gute Speisen und Getränke bestens gesorgt. (1052) Wiesbaden, Gewerkschaftshaus, Wellritstr. 41, Vereinsl. Unterst.: Weinelt, Metzgergasse 20, II 12-1 und 7-8 Uhr. Zürich, Hinterer goldener Stern, Bellevueplatz Versammli. 14 tätig Sonnabends. (1053)